

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin E 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: 21
Verlag: Berlin E 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: 21
Verlag: Berlin E 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: 21

Erscheint täglich außer Montags

Abdruck: Kottbuser Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin Dep.-Kasse Beller-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfachkonto Berlin 938 279 70

Bezugspreis des Blattes 70 Pf. monatlich 2.-. (Wort einschließlich Erdar-
beit und Posten mit eigener Zustellung - Postanweisung an
Geldrechnung und Postfach 3.50 Mark; Einzahlung im Inland, sowie nach
Österreich, Ungarn, Böhmen, Wien und Saargebiet 4.50 M.
Abwärts 4.80 Mark)

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abdruck: Die 12 gelblichen Kompartimente des Pl. Arbeiter-
organisationen und Familienangelegenheiten 35 Pf.
Kottbuser Berlin: Wort 15 Pf., Heberichsstraße 20 Pf., bei
sonstigen Post 20 Pf. Abdruck: Wort 6 Pf.
Anzeigenabteilung: Bebermannstr. 13: Tel.: (P 5) Hermann 2577 4494.

Offener Brief des ERKJ. an die KPD.

über die rechte Gefahr in der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 19. Dezember fand eine Sitzung des Präsidiums des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale statt, in der die Lage in der KPD. behandelt wurde. An der Diskussion nahmen die Genossen Stalin, Molotow, Kunzinen, Gussow, Albricht und andere teil. Es wurde folgender Offener Brief an die KPD. angenommen.

An alle Mitglieder der KPD. Deutschlands!

Genossen!

Seit der deutschen Revolution des Jahres 1923 hat die Fraktionslosigkeit der rechten offen opportunistischen Elemente in der Kommunistischen Partei Deutschlands, insbesondere der Anhänger Brandlers, die nach wie vor auf ihrer Linie bestanden, niemals gänzlich aufgehört. Diese falsche Linie kommt ständig in einer

Kapitulationspolitik Brandlers gegenüber der Bourgeoisie

sowie in einer Wackelpolitik mit den Sozialdemokraten zum Ausdruck. Seither haben die Rechten nicht die Hoffnung aufgegeben, wieder zur Führung der Partei zu gelangen und deren Politik zu ändern, wobei ihre Fraktionslosigkeit zeitweilig nachließ, zeitweilig jedoch von neuem auflebte und sich verstärkte.

Das fünfte Plenum des ERKJ (März-April 1925) hat in seiner Resolution über die Fraktionslosigkeit Kadeks, Brandlers und Thalheimers konstatiert, daß „in der KPD. eine organisierte Fraktion besteht, zu deren Bestand mehrere innerparteiliche Gruppen sowie eine Gruppe von Mitgliedern der KPSD. (Brandler, Thalheimer, Kadel u. a.) gehören, die eine fraktionelle Arbeit auf der Grundlage einer in einer Reihe von Artikeln und Dokumenten zum Ausdruck gekommenen politischen Plattform betreibt.“

Das Plenum erteilte Brandler, Thalheimer und Kadel u. a. eine strenge Rüge und erklärte, daß „sie sich durch weitere Fortsetzung ihrer Fraktionsarbeit unvermeidlich außerhalb der Reihen der KPD. stellen.“

Vor dem Offener Parteitag im Jahre 1927 erfuhr die Fraktionslosigkeit der Anhänger Brandlers erneut eine Belebung. Auf dem Parteitag versuchten sie, die Anschauungen Brandlers durchzusetzen, die dieser in einem noch vor dem Parteitag verfaßten (jedoch erst Anfang 1928 veröffentlichten) Artikel über „das Aktionsprogramm“ dargelegt hatte. Die opportunistische Auslegung der Lösung „Produktionskontrolle“, die von den Rechten vorgeschlagen wurde, wurde vom Parteitag abgelehnt. Der Parteitag hob die opportunistischen Fehler der Brandler-Gruppe in der Frage der Arbeiterregierung hervor, die von ihr als Übergangsstufe von der bürgerlichen Diktatur zur proletarischen Diktatur betrachtet wird, sowie in der Auslegung der Einheitsfrontpolitik als eines Blöds mit der Sozialdemokratie. Fehler, die zu unzulässigen Verpflichtungen gegenüber den linken Sozialdemokraten und zum Verzicht der Kommunistischen Partei auf eine selbständige Politik geführt hätten.

Die nächste Etappe der Fraktionsarbeit der rechten Fraktion hängt mit dem IX. Plenum (Februar-März 1928) und mit dem IV. Kongreß der KPD. (März-April 1928) zusammen. Die rechten Elemente der KPD., u. a. auch die Anhänger Brandlers, erklärten den Beschlüssen des IV. Kongresses der KPD. offen den Kampf und schlossen sich auf Grund dieses Kampfes enger als zuvor zusammen. Sie begannen offen eine Fraktionslosigkeit zu entfalten, führten einen Angriff gegen die gesamte Linie des ERKJ. an und machten sich an die Ausarbeitung einer eigenen politischen Plattform, deren ursprüngliche Entwürfe in verschiedenen fraktionellen Dokumenten enthalten waren.

Der Fall Witorf bot den Rechten einen erwünschten Anlaß, um zu versuchen, ihr fraktionelles Vorhaben zu verwirklichen und die Führung der Partei an sich zu reißen, um die vom Weltkongreß der Komintern festgesetzte politische Linie der Partei zu ändern. Das Präsidium der Komintern hat in seiner Resolution vom 6. Oktober darauf hingewiesen, daß die Rechten „den Beschlüssen, den Fall Witorf in ihrem fraktionellen Gruppeninteresse auszunutzen gegen Genossen Thälmann als einen hervorragenden Vertreter der Linie des VI. Weltkongresses, wobei sie freilich, eine Änderung der Parteiführung herbeizuführen und auf diese Weise die Durchführung des vom VI. Kongresse der KPD. angenommenen politischen Kurses in der KPD. zu hintertreiben. (Ein fraktionelles Beispiel einer derartig unzulässigen Fraktionslosigkeit lieferte die Rede des Vertreters der Rechten, Genossen Gussow und teilweise auch des Genossen Gershart auf dem Plenum des ERKJ. vom 23. September).“

Auf die Resolution des Präsidiums des ERKJ. vom 6. Oktober antworteten die Rechten mit scharfsten fraktionellen Ausfällen. Dieser Beschluß „droht“, ihrer Meinung nach, nicht nur die deutsche Partei, sondern auch die Komintern zugrunde zu richten. (Schreiben Thalheimers, Walzgers, Schreiners, Mag Köhlers, Paul Frölich und August Enderles.) In ganz gleicher Art sprechen auch andere Dokumente der Rechten von dieser Resolution des Präsidiums des ERKJ. Die Rechten weigerten sich, diese Resolution anzuerkennen, und forderten vom ERKJ. die sofortige Aufhebung dieses Beschlusses. (Schreiben Thalheimers u. a., sowie Erklärungen der Kandidaten des ERKJ., Galm und Hansen, im ERKJ. der KPD.)

Dieser fraktionelle Vorstoß gegen die Resolution des ERKJ. vom 6. Oktober wurde für die Rechten zum Ausgangspunkt für die ganz offene organisatorische Bildung ihrer Fraktion.

Die Hauptführer der Fraktion sind die früheren Mitglieder der KPD. und gegenwärtigen Mitglieder der KPSD.: Brandler und Thalheimer.

Bekanntlich haben Brandler und Thalheimer (1923) eine Reihe von allerschwersten Fehlern begangen. Die Empörung der Parteimaschen der KPD. war nach den Ereignissen von 1923 so groß, daß Brandler und Thalheimer schon damals nahe daran waren, aus der kommunistischen Bewegung hinauszugeraten. Doch haben das ERKJ. und das ERKJ. der KPSD., von der Innahme geleitet, daß Brandler und Thalheimer ihre opportunistischen Tendenzen überwinden werden, ihnen eine letzte Möglichkeit zur Besserung eingeräumt und sie in die KPSD. übernommen.

Brandler und Thalheimer als politisch unverbesserlich erwiesen

Wie die letzten Ereignisse in der KPD. zeigen, haben sich Sie haben sich während der Jahre 1926-27 systematisch geweigert, ihre Hauptfehler vorbehaltlos einzugestehen, und haben diese Weigerung in allerletzter Zeit öffentlich bekräftigt. Brandler erklärte dies in seiner Rede in Offenbach in der gemeinsamen Versammlung der Parteimitglieder und der kommunistischen Fraktion der Frankfurter Studentenschaft im November 1928. Brandler und Thalheimer begannen (November 1928) Fraktionsversammlungen in Berlin, Chemnitz, Offenbach und anderen Städten zu veranstalten und auch in Parteiversammlungen als Fraktionsredner aufzutreten. Ihr Anhänger, der Kandidat des ERKJ., Galm, verwandelte das früher als Parteiorgan in Offenbach erschienene „Volkrecht“ in ein fraktionelles Blatt, ein anderer ihrer Anhänger, der Kandidat des ERKJ., Hansen, gab einen Offenen Brief an die Mitglieder der Breslauer Bezirksorganisation heraus, der durchwegs aus fraktionellen Ausfällen gegen das ERKJ. und die Komintern besteht. Der gleiche Hansen begann etwas später als verantwortlicher Redakteur die Fraktionszeitung „Gegen den Strom“ (Mittelungsblatt der Opposition) herauszugeben. Diese Zeitung, ebenso wie das andere Fraktionsmaterial (Rundschreiben, Briefe usw.) wurden sämtlichen Organisationen zugesandt und öffentlich verbreitet.

Hansen hat in der vom Präsidium des ERKJ. zur Behandlung dieses Falles eingesetzten Kommission (am 27. November 1928) das Bestehen einer rechten Fraktion in der KPD. offen eingestanden. Er gestand, daß diese Fraktion ihre eigene noch nicht zu einem einheitlichen Dokument zusammengefaßte politische Plattform besitzt, erklärte, daß er in letzter Zeit, besonders vor Sitzungen des ERKJ., mehrmals Aussprachen mit Thalheimer hatte, und vor seiner Abreise nach Moskau mit Brandler zusammen war, um mit ihm die Notwendigkeit einer endgültigen Formulierung der politischen Plattform der Fraktion zum bevorstehenden Parteitag zu besprechen.

In der Sitzung derselben Kommission (am 8. November 1928) versuchte Galm das Bestehen der rechten Fraktion und seine Teilnahme an ihrer Arbeit zu leugnen. Nicht zu widerlegen vermochte er jedoch erstens den fraktionellen Charakter der Arbeit der von ihm geleiteten Parteiorganisation in Offenbach, wo Brandler auf Einladung Galm's zwei fraktionelle Referate hielt, und zweitens den fraktionellen Charakter der von Galm geleiteten Zeitung „Das Volkrecht“, in der das Referat und die

Erklärungen Brandlers abgedruckt waren und ein Fraktionskampf gegen die KPD. geführt wird.

Auf diese Weise ist vollkommen einwandfrei festgestellt, daß innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands gegenwärtig eine regelrechte Fraktion der Rechten besteht, die eine zentrale Führung hat und eine politische Plattform besitzt und die bei ihrem Vorgehen Fraktionsdisziplin übt.

Die politische Plattform dieser Fraktion ist laut Erklärung Hansens im Aktionsprogramm Brandlers dargelegt und in Artikeln der ersten Nummer der Zeitschrift „Gegen den Strom“, im „Volkrecht“ sowie auch in Fraktionsdokumenten der Führer der rechten Fraktion konkretisiert.

Das Aktionsprogramm Brandlers ist ein durchaus typisches Produkt menschewistischer Denkweise

Es versucht, unter der Flagge des Kampfes des Proletariats um die Macht, durch die scheinrevolutionäre Lösung der Produktionskontrolle im gegenwärtigen Augenblick, die sozialdemokratische Lösung der „Wirtschaftsdemokratie“ einzuschmuggeln. Bekanntlich wurde die Lösung „Produktionskontrolle im gegenwärtigen Augenblick“, in einem Augenblick, in dem eine unmittelbar revolutionäre Lage nicht vorhanden ist und die bürgerliche Staatsgewalt fortbesteht, vom VI. Weltkongreß der Komintern als eine der Ausprägungen einer rechten Abweichung verworfen.

Die rechte Fraktion entsteht in opportunistischer Weise die revolutionären Übergangslösungen der Periode, die durch eine unmittelbar revolutionäre Situation gekennzeichnet ist. Die revolutionäre Lösung „Produktionskontrolle“ wird von ihr in opportunistischem Geiste ausgelegt und in die reformistische Lösung „Wirtschaftsdemokratie“ verwandelt. Sie glaubt, daß diese Lösung als „Etappe“ zur Diktatur des Proletariats verwirklicht werden könne ohne den Sturz der Macht des Kapitals, ohne die Bewaffnung des Proletariats, ohne die Räte und ohne die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, die nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats.

Das ist der Bruch mit dem Leninismus

Nach dem Vorbild der Sozialdemokraten landen die Rechten beim Verzicht auf den Kampf für die Räte und bekräftigen damit die Tatsache, daß sie die Arbeiter- und Bauernregierung nicht als Rätegewalt, sondern als Synonym einer auf dem Block der Kommunisten und Sozialdemokraten beruhenden Regierung auflassen.

Die vom IV. Kongreß der KPD. und vom VI. Kongreß der Komintern ausgearbeitete Streikstrategie führt nach Meinung der Rechten zur Spaltung zwischen den organisierten und unorganisierten Arbeitern, zur Spaltung der Gewerkschaften und zur Liquidierung des Einflusses in den Gewerkschaften, zur völligen Auflösung der Partei von den Arbeitern und zu ihrer Spaltung. Dieser Kurs bedeutet nach Meinung der Rechten eine neue, keineswegs verbesserte Auflage der Maslow- und Ruth-Fischer-Politik. „Seinen Folgen nach ist dieser Weg kontrerevolutionär“ („Gegen den Strom“, Seite 5, Artikel „Kampf im Ruhrgebiet“). Die rechte Fraktion führt somit den Kampf gegen die Leninische Einheitsfrontpolitik als eine revolutionäre Methode zur Mobilisierung und Organisierung der Massen. Sie erhebt die an die Massen gerichtete Lösung: „Vertreibung der Gewerkschaftsbürokraten von ihrem Posten“ durch einen Appell an die reformistischen Führer, wobei sie die Illusion verbreitet, als wären die reformistischen Führer imlande, die Arbeiter im Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Das bedeutet den

Verzicht auf konsequente Bekämpfung des Reformismus

den Verzicht auf die führende Rolle der Partei in den Wirtschaftskämpfen des Proletariats.

Diese grundlegenden Thesen der politischen Plattform der rechten Fraktion finden ihre Vollendung in den Erklärungen der Rechten über „die Verwandlung des Parteiapparates in eine unkontrollierte, ideale und teilweise auch materiell korrupte